



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

NEWSLETTER MAI 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

der Fall Schulze Föcking hat uns auch in den letzten Wochen nicht losgelassen. Die von Skandalen begleitete Amtszeit der Umwelt- und Landwirtschaftsministerin hat am 15. Mai mit ihrem Rücktritt ihr Ende gefunden. Noch im April hatten wir im Landtag über die Rolle debattiert, die ihr familiärer Schweinemastbetrieb, in dem im Sommer 2017 unhaltbare Haltungsbedingungen aufgedeckt wurden, bei der Schließung der Stabsstelle Umweltkriminalität spielte. Es stand im Raum, dies wäre geschehen, um Ermittlungen im Familienbetrieb zu behindern. Wir planten bereits, mit den Grünen einen Untersuchungsausschuss einzurichten, um die Angelegenheit aufzuklären.

Nun wurde der Posse die Krone aufgesetzt. Im März wurde vermeldet, dass auf den heimischen Fernseher von Christina Schulze Föcking ein Hackerangriff durchgeführt wurde. Auf ihrem Fernseher wurde eine ihrer Reden im Landtag abgespielt. Da sie seit dem Schweinemastskandal immer wieder bedroht wurde, ging man ursprünglich von einem Hackerangriff aus. Die Fraktionen im Landtag und die Landesregierung solidarisierten sich mit der Umweltministerin. Wie sich dann Anfang Mai herausstellte, handelte es sich jedoch nicht um einen Hackerangriff, sondern um einen Bedienfehler. Das wäre an sich nicht dramatisch. Allerdings ist es skandalös, dass sich dies wenige Tage nach der „Tat“ herausstellte, der Landtag darüber aber erst über zwei Monate danach informiert wurde. Eine Woche nach Bekanntgabe des Bedienfehlers ist die Umweltministerin dann zurückgetreten. Begründet hat sie dies mit aggressiven, gewaltandrohenden Bedrohungen gegen ihre Person.

Dennoch ist die Sache für uns nicht ausgestanden. Die Causa Schulze Föcking entwickelt sich zur Causa Laschet. Die Landesregierung hat den Landtag getäuscht. Wir haben das Gefühl, dass der Bedienfehler am Fernseher ausgenutzt wurde, um von den Verfehlungen Schulze Föckings abzulenken. In einer Fragestunde und einer Aktuellen Stunde in der letzten Plenarwoche konnte Armin Laschet diese Vorwürfe nicht ausräumen. Daher verfolgen wir weiterhin die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um nicht nur die Verfehlungen der zurückgetretenen Umweltministerin bei der Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität aufzudecken, sondern auch den Hackerangriff aufzuklären und inwiefern der Ministerpräsident in dieser Sache das Parlament getäuscht hat.

Ihre/Eure



Schwarz-Gelb muss ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrer*innen vorlegen

Seit Januar 2018 liegt eine Dienstanweisung des Schulministeriums für die automatisierte Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Schule vor. In Verbindung mit der Datenschutz-Grundverordnung zwingt sie Lehrer*innen zur Unterzeichnung einer Richtlinie, falls sie ihren privaten Rechner nutzen, um Schülerdaten zu verarbeiten. Damit löst die Landesregierung aber das Grundproblem nicht: Zunächst muss kurzfristig eine geeignete Software-Lösung zur Verarbeitung der Daten zur Verfügung gestellt werden. Längerfristig muss die Frage der Dienstausrüstung in Form von Dienstrechnern mit allen Beteiligten geklärt werden. Dazu fordert unser Antrag, den wir im Landtag eingebracht haben, die Landesregierung auf. Es kann auf Dauer nicht angehen, dass Lehrer*innen auf ihre privaten Rechner zurückgreifen und eine Richtlinie unterzeichnen müssen, um ihren Beruf ausüben zu können.



Antrag „Landesregierung muss kurzfristig ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorlegen“:

www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2560.pdf

Alle Kinder essen mit

Kinder aus einkommensschwachen Familien können nach dem Bildungs- und Teilhabepaket am gemeinsamen Mittagessen in Kita oder Schulen teilnehmen. Die betroffenen Familien müssen sich mit einem Eigenanteil in Höhe von einem Euro pro Mittagessen beteiligen. In der Praxis kommt es nach wie vor zu zahlreichen Fällen, in denen die Erziehungsberechtigten diesen Anteil nicht entrichten können. In der Konsequenz werden die betroffenen Kinder und Jugendlichen von der Teilnahme am Mittagessen ausgeschlossen. Für die jungen Menschen sind diese Erfahrungen daher extrem verletzend. Mit einem Antrag haben wir in der letzten Plenarwoche die Landesregierung aufgefordert, im Bundesrat



einen Gesetzesantrag des Landes Berlin zu unterstützen, der fordert, den Eigenanteil von einem Euro zu streichen und den bedürftigen Kindern die Teilnahme am Mittagessen zu ermöglichen.

Antrag „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken - Eigenbeteiligung an der gemeinsamen Mittagsverpflegung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes streichen!“:

www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2556.pdf

Eine nachhaltige Verkehrswende braucht mehr als Schlagworte

Nur Schlagworte, aber keine Konzepte liefert die Landesregierung zum Thema Verkehr. Dabei sind die Baustellen angesichts des Verkehrskollaps auf den Autobahnen oder dem Diesel-Skandal groß. Die Verkürzung von E-Mobilität auf das Autofahren und unrealistische Zusagen, wie die Einführung eines kostenlosen ÖPNV, reichen jedenfalls bei weitem nicht aus. In Wahrheit braucht es ein grundlegendes Umdenken und eine massive und nachhaltige Stärkung des ÖPNV. Dabei müssen die Kommunen von Bund und Land deutlich stärker unterstützt werden als bisher. Es geht vor allem um den Abbau des Investitionsstaus und den massiven Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Um nur ein paar wenige Stichworte zu nennen: Elektrifizierung, Autonomes Fahren, Car-Sharing/Car-Riding, bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger und ein höheres Innovationstempo. Konkrete Vorschläge bleibt die Landesregierung schuldig. Mit einem Antrag haben wir das im Landtag thematisiert und die Landesregierung zu Taten aufgefordert.

Antrag „Eine nachhaltige Verkehrswende erfordert auch ganzheitliches Denken und umfassende Maßnahmen für den Nahverkehr“:

www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2557.pdf

SPD-Fraktion beschließt Positionspapier zum Paragraphen 219a StGB

Der Paragraph 219a des Strafgesetzbuches verbietet, Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen. Im letzten Jahr wurde aufgrund dessen eine Frauenärztin strafrechtlich verurteilt, die auf ihrer Internetseite über das Verfahren eines Schwangerschaftsabbruches informiert, jedoch nicht im eigentlichen Sinne dafür geworben hatte. Daher hatten wir uns bereits Ende 2017 für die Streichung des entsprechenden Paragraphen eingesetzt. Frauen müssen selbstbestimmt über die Durchführung oder den Abbruch einer Schwangerschaft entscheiden dürfen. Für eine verantwortungsvolle Entscheidung ist der Zugang zu Informationen zwingend notwendig. Dem steht der Paragraph 219a entgegen. Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hat daher ihre Position zu dem Thema in einem Positionspapier festgehalten.

Positionspapier „Streichung des § 219a StGB: Recht auf Selbstbestimmung der Frauen gewährleisten!“ der SPD-Landtagsfraktion NRW: <https://wp.me/p7RICK-m8>

Istanbul-Konvention umsetzen – Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen

Der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist ein Menschenrecht. Daher haben die Staaten Europas unter der Federführung des Europarats im Jahr 2011 das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt - die sogenannte Istanbul-Konvention - unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland hat sie Ende 2017 ratifiziert.

Auch in Nordrhein-Westfalen sollten wir uns nun daran setzen, um unsere Hilfe- und Präventionsstrukturen in Anbetracht der Istanbul-Konvention weiterzuentwickeln. Wir haben in den letzten Jahren unter Rot-Grün die Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser enorm aufgewertet. Die finanziellen Mittel wurden um 70 Prozent aufgestockt, zusätzliche Stellen geschaffen und das Hilfsangebot ausgeweitet. Dennoch muss immer noch jede zweite Frau, die sich hilfesuchend an ein Frauenhaus wendet, abgewiesen werden, weil die Kapazitäten der Frauenhäuser stellenweise ausgelastet sind. Das müssen wir dringend anpacken!



Die Landesregierung verfällt aber zurzeit in einen gemächlichen Tiefschlaf. Positiv

war, dass Ende 2017 die finanziellen Mittel der vorhandenen Frauenhäuser und in diesem Jahr die der Frauenberatungsstellen aufgestockt wurden, um die gestiegenen Sach- und Personalkosten aufzufangen. Dadurch wurde aber nicht ein weiterer Frauenhausplatz geschaffen – kann nicht einer einzigen weiteren Frau geholfen werden. Doch auch hier müssen wir ansetzen und das Hilfsangebot erweitern.

Handlungsbedarf gibt es auch bei der Prävention und Hilfe für Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Hier ist das aktuelle Angebot noch sehr dünn. Wir haben es mit einer sehr vulnerablen Zielgruppe zu tun, die besonders geschützt werden muss. Es gibt erfolgreiche Modellprojekte, die hervorragende Arbeit leisten. Dieses Angebot fehlt jedoch in der Fläche. Außerdem müssen wir für eine barrierefreie Gestaltung der Einrichtungen sorgen.

Mit den Grünen haben wir zu diesem Thema einen Antrag ins Plenum des Landtags eingebracht.

Video meiner Rede im Landtag: <https://youtu.be/ajMvpBSvOEc>

Antrag „Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Mädchen und Frauen vor Gewalt schützen“: www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-2546.pdf

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention): <https://bit.ly/2J7SFt3>

Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen für Hebammen ein

Hebammen leisten jeden Tag gute und wichtige Arbeit. Sie sorgen dafür, dass Mütter gut beraten und versorgt werden und Kinder wohlauf ins Leben starten. Der bundesweite Hebammentag am 5. Mai war Anlass, dies öffentlich kundzutun. Denn es gibt viele Baustellen bei dem Thema. Unter Rot-Grün haben wir das Thema angepackt und den Runden Tisch Geburtshilfe NRW ins Leben gerufen. Mit allen Akteurinnen und Akteuren, die an der Versorgung in der Schwangerschaft, bei der Geburt und im Wochenbett beteiligt sind, haben wir die Situation der Hebammen und der Geburtshilfe in Nordrhein-Westfalen erörtert.

Der Runde Tisch hat dabei zahlreiche Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Situation



der Hebammen und der geburtshilflichen Versorgung erarbeitet. Dazu gehört, dass auf Bundesebene eine kostendeckende Vergütung der Hebammen durchzusetzen ist. Zu unterstützen ist auch die Forderung des Deutschen Hebammenverbandes nach Einrichtung eines Haftpflichtfonds zur Reduzierung der Beitragsrisiken. Die Mitte-Rechts-Landesregierung ist aufgefordert, den Prozess der Weiterentwicklung der geburtshilflichen Versorgung umzusetzen und weiterzuführen. Die von Minister Laumann angekündigte Projektgruppe muss die Datenerhebung der geburtshilflichen Versorgung in NRW, sobald diese abgeschlossen ist, zügig auswerten und in konkrete Maßnahmen überführen.

Landesregierung will Hohensyburg privatisieren

Viele erinnern sich noch, wie 1985 die Spielbank Hohensyburg eröffnet wurde und ein Hauch Las Vegas nach Dortmund kam. Sie ist seitdem ein Wahrzeichen Dortmunds, das immer wieder auch prominente Besucher erlebt hat. Außerdem profitiert die Stadt Dortmund durch eine Spielbankabgabe in Millionenhöhe.

Die Landesregierung plant nun die Spielbanken in NRW zu privatisieren, neben Dortmund sind dies Duisburg, Aachen und Bad Oeynhausen. Unfassbar ist, dass die knapp 750 Mitarbeiter*innen aller vier Häuser (250 in Dortmund) dies aus der Presse erfahren mussten. Dortmund ist nach Duisburg die zweitgrößte Spielbank in NRW. Die Betriebsräte laufen Sturm. Angeblich seien die Häuser defizitär. Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Denn etwas weniger als die Hälfte ihrer Spieleinnahmen muss Westspiel, der Betreiber der vier Spielbanken, als Spielbankabgabe laut Spielbankgesetz NRW an das Land abführen. In den letzten fünf Jahren ist dieser Betrag von 38 Millionen auf knapp 40 Millionen Euro gestiegen, die Brutto-Spieleinnahmen von 77 Millionen auf über 80 Millionen Euro. Alles, was an Gewinn übrig bleibt, muss Westspiel versteuern. Somit

kommen zur Spielbankabgabe auch noch weitere Einnahmen aufs Land zu. Davon profitieren zum einen die Kommunen, in denen die Spielbanken angesiedelt sind, zum anderen die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW, die u.a. aus der Spielbankabgabe finanziert wird und damit viele Projekte im sozialen Bereich fördert. Bislang gibt es auch keine Standort- und Beschäftigungsgarantien für die Mitarbeiter*innen.

Klar kann man darüber diskutieren, ob eine Spielbank zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählt. Die Frage ist aber auch, ob private Anbieter den Schutz vor Spielsucht so ernst nehmen wie es die staatlichen Spielbanken tun. Gerade hier wird auch viel in Sachen Prävention getan und darauf geachtet, dass gesperrte Spielsüchtige ihrer Sucht nicht nachgehen können.

Was in der Angelegenheit aber vor allem nicht geht, ist die Art und Weise, wie die Debatte von der Landesregierung eingestellt wurde. Wir werden uns für die Rechte der Beschäftigten von Westspiel einsetzen und die Interessen der Kommunen im Blick haben.



LANDTAGSTALK

NRW
DIE FRAKTION
SPD

ZUKUNFT DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKS
WELCHE LEHREN ZIEHEN WIR AUS DER SCHWEIZER ‚NO BILLAG‘-DEBATTE?

#ZukunftRundfunk
Livestream: machen-wir.de/livestream

DIENSTAG • 5. JUNI 2018 • 18.45 UHR
LANDTAG NRW • PLENARSAAL
PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

Einladung zum Landtagstalk zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Billag oder No Billag – vor dieser Entscheidung standen die Schweizer*innen am 4. März 2018. Die Volksabstimmung über die Abschaffung der Rundfunkgebühren entfachte eine monatelange Grundsatzdebatte über Vielfalt, Solidarität und die Rolle der Medien. Auch in Deutschland stehen die Rundfunkgebühren zunehmend in der Kritik, auch hierzulande müssen ARD, ZDF und Deutschlandradio eine Strukturreform vornehmen, um Einsparungen in Milliardenhöhe zu gewährleisten. All das in Zeiten von Fake News und Filterblasen, in denen das Bedürfnis nach fundierten Informationen umso größer ist und die Glaubwürdigkeit von öffentlich-rechtlichen Me-

dien in der Bevölkerung Spitzenwerte erreicht. Die SPD-Landtagsfraktion lädt zu einem öffentlichen Landtagstalk zu diesem Thema ein und diskutiert mit renommierten Fachleuten über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland ein.

Einladungsflyer: <https://bit.ly/2J1zW6h>

Anmeldungen sind unter Tel.: 0211 / 884 2585 oder www.machen-wir.de/landtagstalk möglich.

Die Veranstaltung wird als Livestream im Internet übertragen: www.machen-wir.de/livestream

Insektensterben aufhalten

Der Rückgang der Insektenpopulationen in Deutschland ist dramatisch. Seit 1990 ist die Zahl der Fluginsekten um 80 Prozent gesunken. Das hat gravierende Auswirkungen auf Flora und Fauna, aber auch auf unsere Versorgung mit Lebensmitteln. Die SPD-Landtagsfraktion hat das Problem auch im Landtag zum Thema gemacht, um in NRW konkret tätig zu werden.



Die SPD-Abgeordneten sind zurzeit in ihren Wahlkreisen unterwegs, um für das Thema zu sensibilisieren. Am 4. Mai habe ich mich beim Martener Hobbyimker Waldemar Teichrib über die Arbeit seiner Bienenvölker informiert und anschließend den benachbarten Gartenverein Crengeldanzgraben besucht. Der Vorstand um Bernd Engel und Kay Efselmann informierte mich über die Gartenanlage und die umweltpädagogische Arbeit des Gartenvereins. Bei einem Rundgang mit den Genossen Karl Wenzelowski und Ernst Hauerken verteilte ich bei den Kleingärtner*innen insektenfreundliche Wildblumensamen und Bauanleitungen für Insektenhotels und kehrte anschließend in der Porree-Bar ein, um mich mit dem Vorstand noch weiter auszutauschen.

Und demnächst wird es im Rahmen der Kampagne der SPD-Landtagsfraktion NRW weitergehen. Am Samstag, 9. Juni werde ich die Aktion in Kleingärten in Hörde wiederholen und im Rombergpark für das Thema sensibilisieren. Am Freitag, 29. Juni planen wir mit allen Dortmunder Landtagsabgeordneten einen gemeinsamen Infostand in der Innenstadt.



Bauanleitung Insektenhotel:

www.anja-butschkau.de/wp-content/uploads/Kompaktinfo_Insektenhotel_RZ.pdf

SPD-Antrag „NRW muss Forschungen zum Erhalt der Insektenvielfalt ausbauen und den Dialog von Wissenschaft, Landnutzern und Naturschutz fördern“:

www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-1289.pdf

Straßen.NRW schiebt schwarzen Peter weiter

Im Februar hatte ich mit meinem Abgeordnetenkollegen Hartmut Ganzke die Kreisstraße in Holzen zwischen Dortmund und Schwerte zu einem Orts-termin besucht. Entlang der Landesstraße fehlt ein Fuß- und Radweg, Fußgänger*innen müssen teilweise auf einen Trampelpfad ausweichen, was nicht ungefährlich ist, gerade für Rollstuhlfahrer*innen und Nutzer*innen von Kinderwagen.

Auf unseren gemeinsamen Brief, in dem wir fordern, dass der Landesbetrieb Straßen.NRW hier tätig werden sollte, haben wir nun eine Antwort erhalten. Da es dort einen Multifunktionsstreifen (eher bekannt als Standstreifen) gibt, sieht Straßen.NRW auf Schwerter Seite die Nutzung durch Fußgänger*innen und Radfahrer*innen als möglich an. Auf Dortmunder Seite gestaltet sich die Lage schwieriger, da hier Grundstücke erworben werden müssten. Zudem müsste zunächst einmal die Stadt Dortmund den Bedarf beim Land anmelden. Eine



zeitnahe Realisierung sei aufgrund der geringen Bedeutung als Landesstraße in diesem Fall unwahrscheinlich.

Ich werde an dem Thema dran bleiben und mich gemeinsam mit der Bezirksvertretung Hörde für einen Fuß- und Radweg einsetzen.

Das Kinderhospiz hat einen Namen

Die Rückmeldung war grandios. Der Förderverein für ein Kinderhospiz in Dortmund hatte einen Wettbewerb ausgerufen, um einen Namen und ein Logo für das neue Kinderhospiz, das in Westrich entstehen soll, zu finden. Knapp 200 Rückmeldungen setzten uns als Jury schon ein wenig unter Druck, den passenden Namen zu finden. Um den Dank an alle Teilnehmer*innen auszudrücken, organisierte der Förderverein eine Preisverleihung im VIP-Raum des Signal-Iduna-Parks und lobte noch weitere Sonderpreise aus. Teilweise hatten ganze Schulklassen im Rahmen eines Projektes sich mit Kinderhospizen beschäftigt und Namensvorschläge erarbeitet. Die Jury kürte Jonas Aust zum Gewinner. Nach seinem Vorschlag wird das Kinderhospiz den Namen „Sonnenherz“ erhalten.



Wiederwahl in den SPD-Unterbezirksvorstand

Am 28. April tagte der Parteitag des SPD-Unterbezirks Dortmund. Nach vier Jahren im Unterbezirksvorstand wurde ich erneut zur Beisitzerin gewählt. Zukünftig werde ich mich um die Einrichtung eines Sozialrats, der sich regelmäßig mit Dortmunder Fachleuten aus dem sozialen Bereich zum Austausch trifft, kümmern sowie das Themenforum Soziales am 13. Oktober mit organisieren. Allen, die in den Unterbezirksvorstand gewählt wurden, gratuliere ich recht herzlich und freue mich auf die Zusammenarbeit in den nächsten zwei Jahren.



Versprochen: Ich komm' mit Kuchen

Menschen nehmen mich beim Wort: Diejenigen, die nicht zu mir kommen können, besuche ich zu Hause. Das ist eine Aktion, die ich bereits im Landtagswahlkampf gerne durchgeführt habe. Bei einem Hausbesuch bei einer älteren Dame ohne Parteibuch in meinem Wahlkreis habe ich vor ein paar Tagen über moralische Prinzipien und Mut in der Politik diskutiert. In diesem Zusammenhang empfahl sie mir die kleine Lektüre auf dem Foto. Wir werden das Gespräch auf jeden Fall fortsetzen.



Im Wahlkreis unterwegs

Auch in den letzten Wochen war ich wieder im Wahlkreis unterwegs, um mich mit den Menschen auszutauschen und über meine Arbeit im Landtag zu berichten. Hier eine Liste meiner Termine:

Parteitag SPD-Unterbezirk Dortmund, Jubiläumsbasar der Mitternachtsmission Dortmund, Benefiz-Abend des Fördervereins Lions Club Dortmund Fluxa für das Kinderhospiz in Westrich, Maiempfang in Lütgendortmund, DGB-Maikundgebung und Familienfest im Westfalenpark (Grillstand AfA), Besuch eines Imkers in Marten und des Gartenvereins Crengeldanzgraben, Eröffnung

des 34. Lütgendortmunder Dorffestes, Maiempfang des SPD-SB Hombruch/Verleihung des Ewald-Sprave-Preises, Namensverkündung und Preisverleihung des Kinderhospizes „Sonnenherz“, Eröffnung des Marktplatzfestes in Hombruch, Rosenverteilen vor Muttertag mit dem SPD-SB Hombruch und dem SPD-OV Holzen, Jubilarehrung im AWO-OV Barop, Eröffnung des Deutschen Seniorentags und WM-Empfang des Deutschen Fußballmuseums.



